

Sozialer Umbruch in Ungarn

Ferenc Irk

Einleitend möchte ich unterstreichen, daß das im Titel der Konferenz auftauchende Wort "Umbruch" inhaltlich etwas anderes bedeutet, wenn wir Beginn und Ablauf des Umbruchs unter ungarischen Verhältnissen mit den in den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas eingetretenen Veränderungen vergleichen. Auch bei uns verlief die erste Phase des Umbruchs schnell, und es ist zum Teil gelungen, die für andere ehemalige sozialistische Länder charakteristischen gewalttätigen Handlungen zu verhindern. Zu massenhaften brutalen Zusammenstößen zwischen der alten Macht und ihrer Opposition ist es gar nicht gekommen.

In der Anlage stelle ich - unter willkürlicher Hervorhebung von Ereignissen und Daten - die wichtigsten Geschehnisse zwischen 1988 und 1990 vor.

1 Zur Vorgeschichte des Systemwechsels

Die im Charakter der Machtausübung eingetretene Veränderung wird in Ungarn Systemwechsel oder mit genauerer Terminologie: Beginn des langen Prozesses des Systemswechsels genannt. Die einzelnen Phasen und entscheidenden Wendepunkte können deshalb schwer bestimmt werden, weil sich der Prozeß der Veränderungen in jedem Land sehr beschleunigt hat und noch nirgendwo abgeschlossen wurde. Deshalb fehlt die Möglichkeit der geschichtlichen Distanz. Eine Einschätzung, die die Einstellung der bewertenden Person zum vergangenen und gegenwärtigen System trägt, dessen geschichtsformende Kräfte und Darsteller zum Ausdruck bringt, kann nur subjektiv sein.

Dies vorausgeschickt, halte ich die konkreten Anzeichen der Veränderung in folgenden Dimensionen für einschätzbar:

1. In der Politik spielte sich - wie auch der beigefügte Ereigniskalender zeigt - eine bedeutende Erosion ab. Der Beginn des Prozesses reicht zeitlich weit zurück. Heute erscheint es bereits so, daß er nicht mit der Ablösung der als Kommunisten Bezeichneten von der Macht seinen Anfang genommen hat, sondern daß die Gründe viel weiter reichen und tiefer liegen. Für diese Entwicklung gibt es in jedem Land innere und äußere Gründe.

In der Gruppe der äußeren Gründe erwähnen wir zuerst die Altersschwäche des sowjetischen Weltreiches sowie die modern sein wollende sowjetische Innen- und Außenpolitik der letzten wenigen Jahre. Unter den inneren Gründen ist in erster Linie die ökonomisch mit dem entwickelten Westen um jeden Preis konkurrieren wollende, in den meisten Fällen unendlich verschuldete und bis zum letzten Moment die Kennzeichen der Kriegswirtschaft nicht aufgebende, in den Konkurs geratene Wirtschaft zu erwähnen.

Es ist allgemein bekannt, daß Ungarn, während seine wirtschaftliche Lage scheinbar viel besser war als die der übrigen mittel- und osteuropäischen Länder, in der Region am meisten verschuldet war, zumindest was das Maß der Pro-Kopf-Verschuldung anbetrifft.

Der Prozeß des Machtwechsels, der bis zum heutigen Tag nicht abgeschlossen ist, hat sich in den einzelnen Ländern in großem Maße unterschieden. Ungarn hat im Anschluß an die gnadenlose Vergeltung und die blutige Abrechnung nach der "wirklichen" Revolution von 1956 schon ziemlich früh, ab Mitte/Ende der sechziger Jahre, allmählich die im Ausland gut bekannte und bis zur jüngsten Zeit gewürdigte Charakteristik der sog. "weichen Diktatur" angenommen. Die heute als Reformkommunisten oder Reformsozialisten bezeichnete Gruppe hat sich innerhalb der Macht über lange Jahre hinweg auf die Modernisierung des damals bestehenden Systems vorbereitet. Es ist eine andere Frage, daß nur ein enger oppositioneller Kreis an den wirklichen Systemwechsel gedacht hat - obwohl auch in dessen Vorstellung nicht die jetzigen Jahreszahlen aufgetaucht sind. Auf diese Weise lebten lange Zeit - innerhalb der herrschenden Partei und zum Teil außerhalb davon - die konservative, mit dem "großen Nachbarn" immer den unbedingten Ausgleich suchende Macht (wenn auch die Ansprüche des Nachbarn in den letzten zwei Jahrzehnten bei weitem nicht immer erfüllt wurden), die zur Moskauer Richtung unbedingt loyale konservative Macht und die den Anspruch auf Änderung nicht aufgebende Opposition zusammen.

2. In der Wirtschaft waren im wesentlichen die für die politische Bühne charakteristischen Veränderungen zu erfahren: gemeinsam, zu gleicher Zeit und sich gegenseitig ergänzend, tauchten Erosion und Umbruch auf. Die in dieser Region übliche "Straffziehen-Loslassen"-Taktik ist zu erkennen, und manchmal war nur die unsichtbare Dialektik hinter den Kulissen zu erfahren. Es ist allgemein bekannt, daß - einen heutigen Ausdruck gebrauchend - der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft in Ungarn bereits 1968 einsetzte, der mit zahlreichen Unterbrechungen und Störungen bis zum Systemwechsel andauerte.

3. In der öffentlichen Meinung war als spezifische Erscheinung zumeist nacheinander, manchmal aber auch gleichzeitig vorkommend, das Auftreten von Aufschwung, Ambivalenz und Apathie zu beobachten. Und hier sprechen wir bereits von einer bis heute dauernden Erscheinung.

In der Phase des "Aufschwungs" kam die Rolle des Katalysators zum Teil der außerparteilichen Opposition, zum Teil dem Reformflügel innerhalb der an der Macht befindlichen Partei zu. Diese beiden Kreise bereiteten in Ungarn schon seit langer Zeit in friedlicher Zusammenarbeit und einer eigentümlichen Arbeitsteilung die unterschiedlichen Reformen vor, die oft nicht so wie vorgestellt gelangen. Zur marginalen Rolle war nur der radikale, von Beginn an die Kooperation mit der Macht zurückweisende und immer mit dem Anspruch nach Systemwechsel auftauchende harte Kern der Opposition gezwungen. (Es ist eine Erscheinung unserer Tage, daß einesteils viele leugnen, daß sie irgendwann einmal Teilnehmer der oben erwähnten Zusammenarbeit waren und andererseits ist sprunghaft die Zahl derer angewachsen, die sich zum Kreis der harten, kompromißlosen Opposition rechnen.)

In Fortsetzung dieses Umstandes gelang es beim offensichtlichen Ende der kommunistischen Diktatur gelang, den nationalen Runden Tisch zu schaffen, an dem noch über die grundlegenden Fragen der Machtübergabe und -übernahme Übereinkunft erzielt wurde, und zwar nicht in Windeseile oder auf Druck des Lärms von der Straße. Dennoch setzte der Umbruch zu spät ein und fiel zeitlich bereits mit der Verarmung, ja sogar Not, immer breiterer Schichten der Bevölkerung zusammen.

Die Ambivalenz wurde in Form einer Wertstörung verkörpert. Wie es scheint, erweist sich dies als das dauerhafteste Problem der gesamten Region. Es besteht nicht einmal die Hoffnung zur Stabilisierung dieses Teils von Europa, solange es nicht gelingt, in dem Wertesystem eine allgemeine Übereinkunft innerhalb der Nation und zwischen den Nationen zu erreichen - innerhalb der Nation und zwischen den Nationen. (Es ist eine andere Frage, daß dabei der Wirtschaft, dem individuellen relativen Wohlstand und dem als ertragbar empfundenen Allgemeinbefinden eine erstrangige Rolle zukommt.) Die stürmischen Veränderungen haben den Völkern dieser Region unverdaubare Probleme aufgegeben. Zum Beweis dessen sollen hier lediglich zwei ungarische Beispiele folgen:

1956: Bis zum Januar 1989 Konterrevolution, dann erst Volksaufstand, später Revolution. Revolution und Freiheitskampf, heute beiläufig nationaler Feiertag. Die Polizei schlug im Oktober 1988 noch die der Revolution

Gedenkenden brutal auseinander: 1989 schützte sie diejenigen, die sie ein Jahr zuvor noch mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern versucht hatte, zur besseren Einsicht zu bewegen.

Der Märtyrer-Ministerpräsident von 1956, *Imre Nagy*: 25 Jahre-lang ist er Landesverräter, Konterrevolutionär usw. - an dessen Zweitbegräbnis zusammen mit seinen Märtyrerkameraden im Juni 1989 eine Millionen zählende Menschenmenge teilnimmt. (Die Polizisten und ihre Vorgesetzten sind dieselben, die zuvor ein Vierteljahrhundert lang nichts anderes gehört und gelernt haben, als daß diejenigen, derer sie hier jetzt gedenken, die größten Verräter des Volkes waren.) *János Kádár* war 25 Jahre lang der "Alte". Er war mehr als zwei Jahrzehnte lang für die Mehrzahl des Landes der einzige feste Punkt. Im Inland und zum Teil auch im Ausland - die allererste und allerletzte Zeit abgerechnet - war er zumeist von Liebe, Verehrung und Achtung umgeben. Bei seinem Tod wenige Wochen nach der obigen Zeremonie haben ebenfalls Zehntausende an seinem Sarg Abschied genommen. Dieser Mann wird heute öffentlich ausschließlich als Landesverräter, Massenmörder und Henker titulierte.

Den Menschen, die nicht in die Geheimnisse von Geschichte und Politik eingeweiht waren, waren einige Monate oder Jahre zu wenig, um diese "großen Sprünge" zu verarbeiten. In Wirklichkeit durchleben sie genau das, was die Poliüker des gestürzten Systems permanent ausgeübt haben: das zuvor Verbotene wurde erst geduldet, dann unterstützt - und umgekehrt. Die Mehrzahl der Menschen erträgt es nur schwer, daß sie vielleicht Jahre, ja sogar ihr ganzes Leben hindurch getäuscht worden ist. Sie versucht, dies zu kompensieren und anstatt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zu erkennen und anzuerkennen, fordert sie die Bestrafung wirklicher oder vermuteter Täter und sucht Sündenböcke. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß sie sich enttäuscht von allem und allen zurückzieht und jegliche Kooperation mit dem neuen System verneint. Die ehemaligen sozialistischen Länder sind voller Menschen, die Niederlagen erlitten haben und an nichts glauben, und solchen, die ihre Macht rechtzeitig hinübergerettet haben und die ihren Spaß an den ersteren haben, die sich als Gläubige maskieren und dennoch nur Karrieristen sind und zum Teil mit den einstigen - und nicht selten heutigen - Oppositionellen, die dem früheren System nie Glauben schenkten. Deshalb ist auch zu erklären, warum die Euphorie der Menschen kurz nach dem Systemwechsel bald in Apathie umschlug. Auch gegenwärtig durchlebt ein bedeutender Teil der Menschen noch die Phase der völligen Desillusionierung.

Mit Recht kann die Frage gestellt werden: Wer (oder was) regelt die öffentliche Meinung, das öffentliche Befinden unserer Tage? Im folgenden Teil versuche ich darauf eine Antwort zu geben.

2 Die Schauplätze der Systemänderung - Prozesse und Kriminalität

2.1 Das Wirtschaftsleben

Die osteuropäische Region befindet sich in der unglücklichen Lage, daß die letzten Stunden des Kommunismus zusammenfielen mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise. Diese Krise kann nur im Vergleich mit der eigenen, früheren Lage jedes einzelnen Landes bewertet werden. An der Oberfläche sind die Erscheinungsformen der Krise anders in einem solchen Land, in dem seit langer Zeit kein Mangel an grundlegenden Lebensmitteln herrschte, als in einem Land, in dem nicht nur die Reisefreiheit der Menschen beschränkt war, sondern das System nicht einmal die grundlegende Versorgung garantieren konnte. (So sehr auch einige Politikerseelen ein derartiges vulgäres Philosophieren verärgern mag, ist es dennoch leider wahr, daß die Mehrzahl der Menschen ihre Verpflichtung irgendeinem Gesellschaftssystem gegenüber an ihrem relativen Wohlstand bzw. an den darin eingetretenen Veränderungen mißt. Insbesondere auf dem niedrigen Grad des Wohlstandes. Es wäre ein großer Fehler, wenn die herrschende Klasse, gleich welchen Systems, die bewegende Kraft des "panem et circenses" vergessen würde.)

Was diesen Ländern gemeinsam ist: die Beschleunigung des Niederganges des gegebenen Landes im Vergleich zu seiner eigenen, früheren Lage. Das hat sich typisch auf folgende Weise verwirklicht: Das alles in den Hintergrund verdrängende euphorische Erlebnis in der ersten Zeit der Freiheit wurde sehr schnell durch die beschleunigte Vertiefung der Vermögensdifferenzierung und weiterhin innerhalb der Armut durch die massenhafte Sichtbarwertung der Notebene abgelöst.

Es ist bereits offensichtlich das Produkt der Systemänderung, daß die Zahl der Gesetzeslücken beträchtlich zugenommen und die Kriterien der früheren Beurteilung sich zusammen mit dem Anspruch nach Schaffung der Rechtsstaatlichkeit verschärft haben. Das aber geht - zumindest in der anfänglichen Zeit - auf alle Fälle mit der Zunahme der Rechtsunsicherheit einher sowie mit der Zunahme der Zahl derjenigen, die die Rechtsunsicherheit sowie die Gesetzeslücken ausnutzen.

Auch ist natürlich, daß unter solchen Umständen - proportional zum unmeßbaren Grad der Verunsicherung der Rechtsanwender - meßbar der Mißbrauch das Recht zunimmt. Heute und vermutlich noch lange Zeit wird es in großer Zahl solche Fälle geben, die moralisch zu verurteilen sind, rechtlich aber entweder aus regelungs- oder aber aus beweistechnischen Gründen nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten verfolgt werden können. Diese Region Europas ist heute das Paradies der Glücksritter. Ein gutes Beispiel ist eine vor kurzem veröffentlichte Schätzung über die ungarischen Daten des von den westeuropäischen Behörden seit Jahren nur schwer zu bekämpfenden östlichen Schwarzhandel. Demzufolge beschäftigen sich in Ungarn etwa 70.000 bis 80.000 Menschen mit dieser Tätigkeit. Diese Zahl ist fast genauso hoch wie die Anzahl der im Land offiziell gemeldeten Privathändler. Diese Schwarzhändler zahlen weder für ihre aus dem Ausland beschafften Waren Zoll noch irgendeinen Sozialversicherungsbeitrag für ihre Tätigkeit. Das schmerzlichste für die meisten von Lohn und Gehalt lebenden Menschen aber ist, daß diese Leute auch keine Steuern zahlen. Es ist natürlich ein auf der Hand liegender Beweis für die Einstellung und Schwäche der gegenwärtigen Macht, weiterhin für die Unorganisiertheit der für Ordnung und Durchsetzung der Rechtsregeln verantwortlichen Organe und letzten Endes für die Unsicherheit der Herausbildung der Rechtsstaatlichkeit, daß das gegenwärtige System diese Lage genauso wenig verändern kann oder will wie das vorige System.

Mangels entsprechender geschichtlicher Distanz kann heute noch nicht gesehen werden, ob es Grund- und ursächliche Zusammenhänge zwischen der Systemänderung, der beschleunigten Verarmung und der stürmischen Zunahme der gesellschaftlichen Devianz bzw. deren früher schon als vergessenen beurteilten Formen gibt.

2.2 Gesellschaftliche Organisation

Der Prozeß des wirtschaftlichen und ideologischen (weltanschaulichen) Zerfalls hat nicht erst heute eingesetzt. Allerdings kann erst aus historischer Perspektive beurteilt werden, ob die Demoralisierung, die Verfremdung und andere, die humane Werteordnung und das Wertesystem in bedeutendem Maße bestimmende Faktoren in ursächlichem Zusammenhang mit dem sowjetischen Einfluß stehen, mit der verworfenen, aber früher alles erfüllenden offiziellen Ideologie, und inwiefern sie in Zusammenhang stehen mit davon unabhängigen, (z.B. auch historisch für diese Region spezifischen) objektiven Erscheinungen.

Früher haben fast alle der sog. "Andersdenkenden" geglaubt: Wenn der sowjetische Einfluß einmal zu Ende ist, werden dessen Auswirkungen in Mittel- und Osteuropa verschwinden. Jetzt aber vermuten mehrere unter uns, daß der "existierende Sozialismus" nur gewisse, in dieser Region und ihren Gesellschaften ansonsten auch existierende, charakteristische negative Erscheinungen verstärkt hat. Was wir bereits auf alle Fälle wissen: Das gestürzte System hat, solange es funktionierte, gewisse für überholt und gelöst gehaltene regionale Probleme nicht aufgehoben, sondern nur in den Hintergrund gedrängt. Unter den Mangelerscheinungen der gesellschaftlichen Organisation kann an erster Stelle der Mangel des **Wir-Bewußtseins** oder dessen verminderter Wert erwähnt werden. Einer der Hauptgründe für die Unmöglichkeit des Schutzes gegen die devianten Erscheinungen ist, daß die **gesellschaftliche (gemeinschaftliche) Kontrolle** zum größten Teil fehlt oder abgeschafft ist. Die Institution der **Familie** ist infolge der Veränderungen der Lebensweise zerrüttet, ihre wertorientierte und bewahrende Rolle hat sich in bedeutendem Maße verringert. Die Wertordnung der neuen Generation(en), ihre zu befolgende Normenwelt ist nicht nur zur alten, sondern auch zur offiziellen in Gegensatz geraten.

All dies kann bei weitem weder als neu noch als typisch ostmitteleuropäische regionale Eigentümlichkeit betrachtet werden. Was - vielleicht - neu ist: Diese Veränderungen konnten - zusammen mit ihren Folgen - jetzt zum ersten Mal zum Ausdruck gelangen. Die Öffentlichkeit konnte jetzt in breitem Umfang davon erfahren, sie konnte deren Wirkung zum ersten Mal am eigenen Körper erleben. Die allgemein bekanntlich pruden kommunistischen Regimes haben zahlreiche deviante Erscheinungen mit Erfolg unterdrückt, deviante Gruppen erfolgreich marginalisiert und diese in den Gegensatz zur großen Mehrheit der Gesellschaft gestellt. Dies freilich, ohne auf die Störungen der Funktion der Gesellschaft sowie auf die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen devianten Erscheinungen hinzuweisen. Das "Fach" freilich war sich darüber im klaren und konnte in Abhängigkeit von der Nachgiebigkeit bzw. Härte der Diktatur auch mehr oder minder öffentlich davon sprechen. Die Gesellschaft hat erst nach Abschaffung der diktatorischen Methoden zum ersten Mal von diesen Erscheinungen erfahren. Die Wirkung war umso drastischer, weil der Bevölkerung die Behandlung dieser devianten Formen und Gruppen im Stil eines Rechtsstaates nicht bekannt war. (So versteht zum Beispiel die Mehrzahl der Gesellschaft nicht, warum gewalttätige Zigeuner nicht "einmal so richtig geprügelt werden können". Denn bekanntlich hat eine solche Reaktion auf diese Volksgruppe viel größere Wirkung und eine viel größere Abschreckung als das formelle Verfahren bzw. die im Laufe dessen ausgesetzte Bestrafung. Und da die Gewaltorganisation der Macht den Erwartungen der Allgemeinheit nicht oder

nur zögernd nachgibt, sieht sie es mit Freuden, wenn - mit oder ohne Ideologie im Hintergrund - einzelne Gruppen, wie z. B. die Ledernacken, die schmutzige Arbeit ausführen.) Darüber hinaus funktionieren auch die vorhandenen Institutionen nicht immer. Unter anderem, weil diejenigen, die auftreten müßten, nicht immer wissen, wo Recht und Unrecht sind, wo sich die Grenze zwischen Erlaubtem und Verbotenem befindet.

Was aber charakteristisch für diese Region ist, ist der völlige Mangel an Interessenvertretungen und an Möglichkeiten zur Durchsetzung der Interessen. Und es ist nicht einmal den der gesellschaftlichen Devianz Gegenüberstehenden bewußt geworden, daß nicht nur sie einen Interessenschutz brauchen (über dessen Mangel sie sich aber im klaren sind), sondern auch die Minderheiten. Interessenschutz einerseits deshalb, damit diese Erscheinungen nicht spontan und in ihren radikalen Formen an die Oberfläche brechen, sondern in einem handhabbaren Zustand gehalten werden können und andererseits, weil die Bestrebung des Staates nach einem übertriebenen Einfluß nur durch solche, als Gegengewicht auftretende, starke Interessenvertretungen im Zaum gehalten werden kann. Wenn dies aus irgendeinem Grund nicht gelingt, wird der Staat seine Bürger beherrschen und die Demokratie sich in eine Diktatur verwandeln.

Fraglich ist auch heute noch, wie system- und wie regionenspezifisch der Mangel dieser Interessenvertretungen ist. Wie die Geschichte seit langer Zeit beweist, war in dieser Gegend die Intoleranz, das Nichtertragen des Andersseins immer natürlicher als in den westeuropäischen Gebieten. Der spontane Aufruhr hat immer in diesem Raum Europas ein Zuhause gehabt.

2.3 Die Macht

Der Stil der Führung des Landes wirkt sich - gewollt oder ungewollt - auf das Verhalten der Menschen aus. Und zwar in zwei Richtungen: einesteils, wenn das Individuum ein Muster sucht welcher Weise die Befriedigung der Notwendigkeiten und die Lösung der Probleme zu erfolgen hat, und anderenteils dann, wenn es ein Muster sucht, wie es sich an die Umgebung, an diejenigen, die eine andere Anschauung vertreten, anpassen kann.

Die als Muster des menschlichen Verhaltens dienenden Manifestationen der Macht tragen natürlich auch die Wertordnung der Machtausübenden, deren Technik der Problembehandlung in sich. Das stimmt sowohl hinsichtlich der Staatsmacht als auch der Staatsverwaltung. Da in den Mehrparteiensystemen die Macht zumeist über die Parteien ausgeübt wird, widerspiegeln die

Parteisympathisanten schon von Anfang an den Stil der Partei als zu befolgendes Muster. In der Staatsverwaltung werden die charakteristischen Züge der Regierungskoalition abgebildet, zumindest dann, wenn dieselbe Regierungskoalition über längere Zeit hindurch an der Macht ist.

Im Ungarn unserer Tage kommen - genauso wie in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas - mehrere, das menschliche Verhalten in ungünstige Richtung beeinflussende Faktoren über die erwähnten Akteure zu Wort. In der letzten Zeit haben sich die Kräfte verstärkt, die den Abschluß der Probleme der Vergangenheit in einer gewalttätigen Lösung sehen, die sich die Abrechnung mit den einstigen Gegnern zur Aufgabe gemacht haben (und Problemlösung als für andere zu befolgendes Muster). Die Suche nach dem Konsens wurde in den Hintergrund gedrängt und der Haß gegenüber Andersdenkenden gelangte in den Vordergrund. Sachverständnis und Fachwissen haben sich den politischen Interessen untergeordnet und sind zum geeigneten Mittel der Ablenkung von den Sorgen des Alltags geworden. Und das erinnert - gewollt oder ungewollt - an die "schönen alten Zeiten". Das heißt, in diesen Fällen wendet die neue herrschende Elite des neuen Systems die Methoden des gestürzten verleugneten Systems an. Die Überlegung wird durch Hast ersetzt, die Planung durch Improvisation - in zahlreichen Fällen mit politischen Absichten im Hintergrund. Die Macht ist fallweise deshalb nicht in der Lage, eine sachdienliche Entscheidung zu treffen, weil die politische Verlässlichkeit wichtiger als das Fachverständnis ist. (In dieser Region Europas ist auch dies keine neue Erfindung.) Oder bevor es noch zur Untersuchung des Problems kommen kann, gelingt es der Macht, die Fachleute politisch aus dem Bereich der behördlichen Entscheidung zu verbannen.

Hier muß der sich im Kreis der Fachleute immer mehr ausbreitende Verdacht erwähnt werden, wonach diese Länder nicht von den sichtbaren und miteinander rivalisierenden Gebilden gelenkt werden (wie den Parteien oder den Ministerien), sondern von den sich im Hintergrund hinziehenden, unsichtbaren und miteinander verflochtenen Interessengruppen (Lobbies, eine sich verselbständigende Fachbürokratie der staatlichen Verwaltung usw.). Die Furcht ist nicht völlig unbegründet, daß im Hintergrund - während an der Oberfläche ein andauernder Versuch zwischen Macht und Opposition im Gange ist, sich gegenseitig zu diskreditieren (wobei die parlamentarischen Formen mehr oder minder eingehalten werden) - dabei die wirtschaftliche Macht immer mehr solchen Kräften in die Hände gelangt, die auf Mafia-Art arbeiten. Deshalb stehen sämtliche Länder dieser Region Europas auf der Schneide. Auf der einen Seite befindet sich die Demokratie, auf der anderen Seite die Diktatur lateinamerikanischen Typs.

Es ist noch nicht entschieden, welche Schale der Waage schwerwiegender sein wird. Jetzt befinden wir uns gerade in dem Zustand, daß das alte staatsmonopolistische System von einer sich herausbildenden neuen staatlichen Bürokratie übernommen wird.

2.4 Politik und Kriminalität, politische Kriminalität

Die mit den Schwierigkeiten der Anfänge des Systemswechsels kämpfenden mittel- und osteuropäischen Länder sehen sich im gegenwärtigen Abschnitt einer solchen speziellen Frage gegenübergestellt, deren Entscheidung für lange Zeit die Stabilität der Staats- und Rechtssysteme dieser Region bestimmen kann. In sämtlichen Ländern steht die Untersuchung der Verantwortung derjenigen Personen auf der Tagesordnung, die im vergangenen System eine verantwortliche Position innehatten. Dies erstreckt sich im wesentlichen auf zwei Personenkreise:

1. Die Verantwortung derjenigen, die Morde begangen haben und deren Handlungen bereits verjährt sind, die aber - obwohl die Tat an sich auch damals ein Verbrechen war - von der damaligen Macht nicht nur nicht bestraft worden sind, sondern die dafür noch als treue Diener des Systems anerkannt wurden. (Freilich gab es darunter nicht wenige, deren Tat zuerst anerkannt wurde und die später bestraft wurden. Nicht wenige unter ihnen hat das System selbst liquidiert.)

2. Die Verantwortung derjenigen, die mit dem Gegner "kollaboriert" haben, mit der Besatzungsmacht und deren örtlichen Vertretern bzw. Ausführenden. (Es gehört zur tragischen Pikanterie des Schicksals, daß mehrere von ihnen - ebenso wie ein beträchtlicher Teil derjenigen, die zur ersten Gruppe gehören - früher nachweislich Antifaschisten waren und nach dem Krieg zu der Macht dienenden Henkern geworden sind.)

In der letzteren Kategorie scheinen zwei Vorstellungen der Verwirklichung zu existieren, und zwar folgenderweise:

2.1. Sämtliche Mitglieder der der Besatzungsmacht dienenden Partei müssen als schuldig betrachtet werden und müssen für eine bestimmte Zeit in einer bestimmten Weise aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Die gegenwärtige tschechoslowakische Macht scheint sich diese Idee der Kollektivschuld anzueignen, die im gegebenen Fall eine Bevölkerung von vielen Hunderttausend, ja Millionen Menschen betrifft, wobei nicht die wirkliche Tat, sondern die deklarierte und einfach zu beweisende Systemtreue bevor-

zugt wird. (Die Entsprechung dieser Lösung in Ungarn ist die Aufdeckung und Verantwortung des Netzes von Spitzeln - unter nicht geringen rechtlichen Unsicherheiten.)

2.2. In einem vorläufig noch ziemlich unklar umrissenen, aber mit entsprechenden Instruktionen in einem fast uneinschränkbar zu erweiternden Kreis sollen die Hauptschuldigen des vergangenen Systems bestraft werden, und zwar wegen Verwirklichung der Straftat des Landesverrates. Angehörige dieser Auffassung möchten auch die Täter der bereits verjährten Handlungen bestrafen und zwar - identisch zu den unter Punkt I fallenden - ab Ende des zweiten Weltkrieges bis zu den ersten freien Parlamentswahlen (1944-1990). Ungarn hat gegenwärtig diesen Weg eingeschlagen.

Es kann festgestellt werden, daß aus zahlreichen, wegen hier des Umfanges nicht detailliert zu nennenden Gründen, die allerdings keinesfalls politische sind, sondern ausgesprochen rechtsdogmatische, rechtstechnische, verfahrensrechtliche und nicht zuletzt völkerrechtliche Gründe, die juristische öffentliche Meinung in der überwiegenden Mehrzahl dieser Anschauung widerspricht, ja sich ihr sogar entgegensetzt. Es gibt auch solche Stimmen, die meinen: Die neue Macht versucht, mit solchen Methoden auf indirekte Weise den gesamten Justizapparat zu einem Treueeid zu zwingen, angefangen vom Ermittlungsapparat der Polizei über die Staatsanwälte bis hin zu den Richtern. Ein solcher - ergebnisloser - Versuch ist nicht der erste in dieser Region, ja kann im Anschluß an den Systemwechsel als typisch bezeichnet werden. (Und zum Systemwechsel kommt es in diesem Raum Europas im allgemeinen "fahrplanmäßig" alle 30 bis 50 Jahre.) Deshalb ist verständlich, daß es auch jetzt Meinungen gibt, die dies vermuten, nicht nur in Ungarn, sondern auch in Westeuropa. Das ungarische "Nichtverjährungsgesetz" ist natürlich gründlich umpolitisiert worden. Beachtenswert ist, zu welchen Schlußfolgerungen einzelne berühmte Schriftsteller gelangen. *György Faludi*, einer der Verfolgten des vergangenen Systems, formuliert folgendermaßen: "Es ist eine Eigentümlichkeit von faschistischen und kommunistischen Regierungen, daß sie zur Ausschaltung ihrer wirklichen und vermuteten Gegner solche legalen Maßnahmen treffen, die im Gegensatz zur Verfassung und den geltenden Gesetzen des betreffenden Landes stehen..." (Magyar Hírlap vom 13. Nov. 1991). *György Konrád*, Vorsitzender des Internationalen Pen-Clubs, der am 13. Oktober 1991 in der Frankfurter Paulskirche von *Jorge Semprún* die höchste literarische Auszeichnung Mitteleuropas, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, entgegengenommen hat, trifft folgende Feststellung: "Das Gericht ist keine politische Institution. Die Politisierung der Gerichte ist ein Charakteristikum von Faschismus und Kommunismus." (Magyar Hírlap vom 7. Dezember 1991)

Gerade deshalb sind diejenigen in der Mehrzahl, die für diese Region das spanische Modell des Umgangs mit der Vergangenheit vorschlagen. Demzufolge muß zur Kenntnis genommen werden, daß jede Verbrechenbegehung irgendein zur Zeit der Verübung aktuelles Erfordernis befriedigt oder ein Problem löst. Diese Erfordernisse oder Probleme hören später auf. Das Strafrecht nicht ist das geeignete Mittel dazu, um die Gültigkeit der durch verjährte Straftaten verletzten moralischen Normen zu stärken, für vor langer Zeit erfolgte Verbrechen unter Verletzung traditioneller Rechtsprinzipien Genugtuung zu leisten und die ewige Gültigkeit und Unverletzlichkeit dieser Normen zu deklarieren. Wenn die spanischen politischen Kräfte nach Ende der *Franco*-Diktatur die mehreren Tausend Toten, die zahllose Gnadenlosigkeit und Ungerechtigkeit und die schweren Rechtsverletzungen vergessen konnten, dann gibt es auch für die osteuropäischen Staaten keinen anderen Weg, mit den - im Ausmaß nicht vergleichbaren - Straftaten und Ungerechtigkeiten abzuschließen und darüber hinaus zur Kenntnis zu nehmen, daß die Rechtsgrundlagen zu einer in vollem Umfang anzustrebenden Gerechtigkeit nicht geeignet sind. Gleichzeitig sollte man sich mit der Verachtung und mit der Großzügigkeit der öffentlichen Meinung vertraut machen, mit der sie über diese Schuldigen befindet, ebenso mit der Kraft des Gewissens der Schuldigen. Die Gesellschaft kann übrigens auch aus praktischen Überlegungen nichts anderes tun, als einen Schleier über diese dunklen Angelegenheiten zu werfen, weil ansonsten - wie das geschichtliche Beispiel zeigt - die Sehnsucht nach Gerechtigkeit eskaliert und in immer breiterem Umfang nach einer in den Mantel der Gerechtigkeit gehüllten Rache schreit. Gleichzeitig gibt es auch eine solche Ansicht, die - aufgrund der Ideologie des Nürnberger Prozesses - deshalb unbedingte Gerechtigkeit fordert, um für jeden späteren potentiellen Missetäter ein Beispiel zu statuieren: Wenn das Recht mit Füßen getreten wird, folgt früher oder später die Vergeltung.

Es gibt Ansichten, daß die Macht deshalb auf die hier vorgestellte Prozedur der Leistung von Gerechtigkeit eingegangen ist, weil sie für ihre Erfolglosigkeit ein Medikament, also Sündenböcke sucht und auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten ablenkt. Diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, unterstützen ihn in erster Linie mit der Begründung: Wenn wirklich die Nennung und Verantwortlichmachung der Hauptschuldigen des vergangenen Systems das Ziel wäre, dann hätte die Macht innerhalb von anderthalb Jahren wenigstens in diesem Kreis etwas unternommen, um die Verfahren gegen die Täter der nicht verjährten Verbrechen einzuleiten. Die Anhänger dieses Standpunktes meinen, daß die neue Macht die zur Kooperation fähigen und bereiten Schuldigen als ihre eigenen Instrumente benutzt und die anderen als Beute der

unzufriedenen Bevölkerung hinwirft. Dafür gilt der Satz: "Der Kommunist in der Regierung ist ein guter Kommunist, der in der Opposition ist ein Gauner." Einen gegenteiligen Standpunkt vertreten die, die darüber anders denken und wiederum meinen, daß es ein Hauptcharakteristikum der Tyrannei ist, daß derjenige, der darin lebt, ein Zahnrad zum Funktionieren des Systems darstellt. Natürlich haben diese Zahnräder bei weitem nicht mit gleicher Kraft gearbeitet. Das bedeutet nicht, daß die hier lebenden Völker schuldige Völker sind. Jedoch entzieht die Aufstellung von Sündenböcken das Volk einem Lernprozeß, dessen Wesen eine gründliche Gewissensuntersuchung darstellt und im Anschluß daran der Suche nach einer Strategie, mit der es im Fall einer eventuellen neuen Tyrannei den Verführungen einer neueren Diktatur widerstehen kann.

2.5 Ungarn und seine Umgebung

Im Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Veränderungen und der Kriminalität spielen auch solche Gesichtspunkte eine Rolle, wie die wirtschaftliche Lage, die politische Stabilität und der Stil der Politik in den umliegenden Ländern.

Es ist allgemein bekannt, daß in den vergangenen Jahren - gerade wegen der besseren wirtschaftlichen Lage und der größeren Öffnung des Landes - eine große Zahl von Flüchtlingen nach Ungarn gekommen ist, die sich zum Teil hier niedergelassen hat. In einem Nachbarland herrscht Bürgerkrieg. In mehreren Nachbarländern steht der Haß gegen die dort lebenden Minderheiten im Mittelpunkt des politischen Programms der dort offiziell eingetragenen politischen und kulturellen Organisationen. Ein Teil davon steht auf nationaler, ein anderer auf rassistischer Grundlage. Die offenen Grenzen und die liberalen Grenzkontrollen gewähren auch solchen Personen und Gruppen die massenhafte Überschreitung der Grenze, die früher nicht nur einen Bogen um das Land, sondern auch um die Region gemacht haben. Die Kriminalität gewinnt sowohl im Transit als auch im Inland Raum für neue Qualitäten und Dimensionen. Die neuen Demokratien Ostmitteleuropas sind also auch von neuen Gefahren bedroht.

Eine solche Gefahr ist die Invasion der aus ihrer Heimat Geflüchteten zuerst in die mitteleuropäische Region, dann nach Westeuropa. Die Politiker letzterer Region haben noch nicht erkannt, daß sie - wenn sie jetzt nicht die Bevölkerung der am Rande des Bürgerkrieges stehenden Länder zuhause halten können - diesen Menschenstrom später nicht mehr aufhalten können.

Das heutige entwickelte Europa kann sich höchstens hinter einem neuen eisernen Vorhang, gepaart mit neuen Minenstreifen, verschließen.

Die Zahl derjenigen nimmt immer mehr zu, die der Ansicht sind: Solange Westeuropa und Amerika auch weiterhin unempfindlich für die zahlreichen Hilferufe der Führer dieser Länder - so z.B. auch des ungarischen Minister- und Staatspräsidenten - an ihre westlichen Partner bleiben, wird diese Region auf die Dauer nicht in der Lage sein, sich demokratisch umzuwandeln. Die Mafia der entwickelten Welt ist heute schon, wie allgemein bekannt ist, in der Lage, die staatliche Verwaltung der gesamten ostmitteleuropäischen Region kaufen zu können. Die Nachrichten handeln davon, daß sie lediglich auf die Konvertibilität der Zahlungsmittel dieser Länder warten bzw. gegenwärtig gerade an deren Schaffung arbeiten. Falls dies eintritt, müssen nicht nur diese Länder gegen eine völlig neue Qualität der Kriminalität ankämpfen (was auch den reichsten Ländern, auch den ausgeglichene Gesellschaften nicht gelungen ist), sondern auch Westeuropa kann in eine gefährliche Lage geraten.

Es muß klar gesehen werden, daß in den Ländern dieser Region die sog. "geschmolzenen Strukturen" (*Gyula Teller*) eine wichtige Rolle einnehmen. Auch nach dem Systemwechsel sind die früheren Macht-, Verteilungs- und Eigentumsverhältnisse bestehen geblieben. Auch das führt dazu, daß die Bevölkerung keinen Wandel empfindet. Die Verschlechterung der Lage - innerhalb derer die Zunahme der Kriminalität, die Ausbreitung von Gewalt und der Rückgang der Ergebnisse der polizeilichen Tätigkeit zu verzeichnen sind - liegt auf der Hand, während die Vorteile der Demokratie nicht oder kaum zu spüren sind.

Die Mängel des Leitungssystems und das Fehlen von Regelungen ist heute am ehesten bei der Arbeit der Polizei nachzuweisen. Es ist sichtbar, daß die Polizei heute schon nicht mehr gegen vor ihren Augen verwirklichten Rechtsverletzungen auftritt (obwohl das auch früher nicht immer eine Ausnahme war). (Auch) die Unsicherheit des Leitungs- und Regelungssystems hat die Polizisten und ihre Vorgesetzten zu der Überzeugung gebracht, daß - ihren eigenen Interessen folgend - die Unterlassung der Maßnahme das kleinere Übel ist, während die aufgrund der früheren Reflexe erfolgenden oder die gegenwärtigen, mangels gesetzlicher Regelung verwirklichten Maßnahmen - wegen des Fehlens des natürlichen Rechtsgefühles, klarer Richtlinien und auch des gesellschaftlichen Konsens - oft umstritten sind.

3 Zusammenfassung

Die Gedanken zum Verhältnis von Systemwechsel und Kriminalität können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Die legitimierte Staatsmacht und die staatliche Verwaltung werden auch auf lange Sicht nicht in der Lage sein, das Anwachsen der Kriminalität aufzuhalten.

2. Es gibt noch keine herausgebildete Methode der wirksamen Behandlung der Kriminalität. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die auf der Kontrolle beruhende diktatorische Staatseinrichtung bzw. Regierungsart eine andere präventive Strategie und ein anderes Mittelarsenal benötigt als das auf der Durchsetzung der menschlichen Freiheitsrechte beruhende demokratische Staats- bzw. Regierungssystem.

3. Hier muß bemerkt werden, daß von vornherein einestils die für die ostmitteleuropäische Region charakteristische nichtorganische kulturell-moralische Entwicklungsform eine andere Problembehandlung beansprucht als die westeuropäische organische Entwicklung. (Die Haupttriebkraft des Modells der nichtorganischen Entwicklung ist die staatliche Stimulierung oder Einmischung, die der organischen Entwicklung die ursprüngliche Akkumulation¹).

4. Die Bevölkerung ist sich über die hauptsächlichsten Gefahren nicht im klaren. Die Macht wiederum versucht nicht, den langfristigen Interessen der Bevölkerung, sondern ihren eigenen kurzfristigen Interessen zu dienen. Die Bevölkerung interessiert sich heute eher für die Gewalt und die Kriminalität der Minderheiten (so z.B. der Zigeuner, der Ledernacken), wird aber - schon heute - mehr durch die Wirtschaftskriminalität und in naher Zukunft durch die verschiedenen, mit Rauschgift verbundenen Verbrechensformen betroffen sein.

5. Ich bin der Ansicht, daß die Fachleute dieser Region - im Hinblick auf die zahlreichen ähnlichen oder identischen Probleme - gemeinsam die der neuen und veränderlichen Lage am ehesten entsprechende Kriminalpolitik

¹ Vgl. *Vidnyi, Iván*, Die Typologie der kulturellen Entwicklung und der Kulturpolitik, in: *Valóság*, Nr. 5/1982 (ungarisch).

suchen und ausgestalten müssen. Die grundlegenden Punkte dieser Kriminalpolitik könnten - unter Berücksichtigung früherer westlicher Forschungsergebnisse - folgende sein:

5.1. Die Prävention muß in erster Linie nicht tat-, sondern personenspezifisch sein. Der Großteil der Kräfte sollte nicht in erster Linie auf die um jeden Preis erfolgende Prävention der Verübung gewisser Straftaten und die um jeden Preis erfolgende Ergreifung und Bestrafung der Täter solcher Handlungen ausgerichtet sein. Viel wichtiger als das ist die Suche und Behandlung von Personengruppen, die mit den Straftaten potentiell in Verbindung geraten. Die erstrangige Aufgabe ist die Beeinflussung von gesellschaftlichen Schichten und innerhalb derer die von Mikrogemeinschaften. Von diesem Gesichtspunkt aus muß der Kreis der Täter und der - mit ihnen in vieler Hinsicht Gemeinsamkeiten aufweisenden - Opfer gemeinsam behandelt werden. Dieser Feststellung widerspricht nicht, daß im Interesse der ergebnisreichen Kriminalprävention - auf der Ebene von Massenerscheinungen - die makrostrukturellen Einmischungen - z.B. Sozialpolitik, Armenpolitik - die entsprechenden Methoden darstellen.

5.2. Besonders zu achten ist in dieser Region auf die Prozesse in den **unkontrollierten Sphären** (so in erster Linie z.B. auf die "Schatten"-Wirtschaft). Ein Ergebnis der unkontrollierbaren und unkontrollierten Kriminalität ist die Herausbildung der Unterwelt. Die Frage ist in der Region besonders diffizil, denn hier ist es gegenwärtig schwer, die Grenze zwischen der öffentlichen und der individuellen Souveränität zu ziehen. Es kann nur schwer bestimmt werden, wo sich in der Demokratie - hier und jetzt - die wünschenswerte Grenze zwischen staatlicher Kontrolle und Einmischung hinzieht.

5.3. Es ist zweckmäßig, die internationale Erfahrung in Betracht zu ziehen, daß ohne Ausnahme die auf dem Prinzip des Ansehens beruhende Symbiose mit der Korruption lebt. Der Staatslenkungsstil der Länder dieser Region ist gegenwärtig ausnahmslos (wieder) auf diesem Prinzip aufgebaut. Und diese Tatsache läßt - zusammen mit der Wahrscheinlichkeit des Auftretens der oben skizzierten neuen Erscheinungen - ein außerordentlich dunkles Bild vor uns erscheinen, was die zu erwartende Kriminalität der Länder Ost- und Mitteleuropas anbefangt.

6. Unerläßlich ist die dauerhafte und institutionalisierte **Zusammenarbeit von Wissenschaftlern** im Interesse dessen, daß

6.1. die gemeinsam verwendbaren Erfahrungen kennengelernt werden,

6.2. die westlichen Kollegen die Aufmerksamkeit ihrer Politiker auf die Lehren lenken und dazu Hilfe erhalten,

6.3. die östlichen Kollegen bei der Informierung an die Staatsmacht dazu beitragen, daß deren Entscheidungen umso rationeller werden.

7. Es kann festgestellt werden, daß in dieser Richtung bereits Versuche erfolgt sind - wenn es sich auch eher um "Feuerlöschaktionen" gehandelt hat. (So hat z.B. in Ungarn das Institut für Staats- und Rechtswissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften - mit deutscher materieller Unterstützung - eine internationale Konferenz zwecks Diskussion über den bereits erwähnten Verjährungs-Gesetzentwurf veranstaltet.)

8. Im Zusammenhang mit obigem kann auch hier festgestellt werden: Der Versuch, der auf der Grundlage der Ideologie des vergangenen Systems entstanden ist, verspricht nicht viel Gutes, wenn der in den vergangenen einundeinhalb bis zwei Jahren mehr oder minder erfolgreich entpolitisierte Justizapparat (hierunter verstehe ich Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaft) zu aktuellpolitischen Zwecken, zur Ausführung einer politisch angelegten Gerichtsbarkeit dienen soll. Die in den einzelnen Ländern angenommenen oder vor der beabsichtigten Annahme stehenden Justitia-Pakete tun dies nämlich. Die Justiz solcher Länder kann sehr leicht durch Ausscheiden der qualifizierten Fachleute oder wegen deren Entfernung in die Hände unqualifizierter Parteifunktionäre geraten, wie dies schon mehrfach geschehen ist, zuletzt in den Jahren zwischen 1945 und 1948.

Anlage 1

Wichtigste Veränderungen in Ungarn und der ganzen Welt zwischen 1988 und 1990 mit besonderer Sicht auf Mittel- und Osteuropa

1988

Ungarn

- 4. Januar:** Weltreisepaß für ungarische Staatsbürger.
Titel eines Artikels im Wall Street Journal:
"Ungarns Kopfsprung in den Staatskapitalismus".
- März:** Gründung des Bundes Junger Demokraten (FIDESZ).
- 15. März:** Die Polizei verhindert mit Gewalt nichtoffizielle Gedächtnisfeiern anlässlich des Jahrestages der Revolution von 1848.
- 14. Mai:** Gründung der ersten oppositionellen Gewerkschaft: Demokratische Gewerkschaft der wissenschaftlich Arbeitenden.
- Mai:** Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) entläßt *János Kádár* vom Posten des Generalsekretärs. Neuer Generalsekretär wird *Károly Grosz*, der 54% der Bevölkerung sympathisch ist, 38% halten ihn für mittelmäßig sympathisch, 5% für wenig sympathisch. Sein Sympathieindex beträgt auf der 0 - 100 reichenden Skala 84 Punkte. Bei der Bevölkerung unter 30 Jahren erreicht er 73, bei der über 60 Jahren 90 Punkte. Die Washington Post würdigt die Reform *Kádárs* von 1968.
- 16. Juni:** Die Polizei schlägt brutal die Teilnehmer einer beabsichtigten Trauerfeier auf einem Friedhof, an den vermuteten Grübern des Ministerpräsidenten von 1956 und seiner Mitarbeiter auseinander.
- Juli:** 15 Abgeordnete unterbreiten im Parlament ein "Demokratisches Paket". Die Finanzforschungs-AG veröffentlicht Band I des "Berichts aus dem Tunnel". Demzufolge sind minimal fünf bis sieben Jahre Entbehrungen die Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

- 2. Juli:** In der "Weltwirtschaftswoche" erscheint zum ersten Mal ein Artikel mit dem Titel "Lohn der Angst. Arbeitslosenunterstützung in Ungarn?" Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1.442 im ersten Quartal 1986 auf 16.845 im ersten Quartal 1988 angewachsen. Die Zahl der offenen Stellen hat sich von 61.468 auf 43.762 verringert. Für 10.000 arbeitslose Hilfsarbeiter stehen 1.512 Stellen zur Verfügung.
- Juli:** Kritische wirtschaftspolitische Rede von *Miklós Németh*, Sekretär des ZK der USAP.
Die Wiener taufen ihre Mariahilferstraße auf Magyarhilferstraße um.
- August:** *Károly Grósz*, Generalsekretär der USAP, besucht *Ronald Reagan* und den kanadischen Ministerpräsidenten *Mulroney*.
Information über die Privatunternehmen. Ihre Anzahl stieg von 6.593 im Jahr 1982 auf 49.763 im Jahre 1987, die Anzahl der in ihnen Beschäftigten von 67.576 auf 530.270 im gleichen Zeitraum.
Öffentliche Verurteilung des Einmarsches von 1968 in die Tschechoslowakei.
Erster Bergarbeiterstreik.
- September:** Skandal wegen des versuchten Einschmuggelns von verseuchtem Müll aus der Bundesrepublik nach Ungarn.
Gründung des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF), der gegenwärtigen führenden Regierungspartei.
Strafprozeß wegen Aufwiegelung gegen die Staatsgewalt.
FIDESZ - als noch immer außergesetzliche Organisation - tritt an die Öffentlichkeit.
- 23. Okt.1:** Die Polizei schlägt brutal die Teilnehmer einer beabsichtigten Gedächtnisfeier aus Anlaß der Revolution von 1956 auseinander.
- Oktober:** Die Arbeiterkampfgruppen nehmen betroffen zur Kenntnis, daß sie entwapnet werden sollen.
- November:** "Hitel" (Kredit) erscheint, das erste unabhängige Wochenblatt.
Versuch zur Wiederbelebung der Pfadfinderbewegung.
Gründung der gegenwärtig stärksten Oppositionspartei, des Bundes Freier Demokraten (SZDSZ).

Károly Grósz, Generalsekretär der Partei und Ministerpräsident, hält die Neubewertung der historischen Rolle von *Imre Nagy*, Ministerpräsident von 1956, für unvorstellbar.

7. Nov.: Schwarzer Montag bei den Österreichern. 100.000 Ungarn besuchen den Nachbarstaat und geben 500 Millionen Schilling aus.
15. Nov.: Zum letzten Mal schlägt die Polizei des alten Systems auf die ungarischen und rumänischen Demonstranten ein, die diesmal am Jahrestag des Aufstandes von Brassó gegen die Unterdrückung in Siebenbürgen demonstrieren.
18. Nov.: Die Kleinlandwirtpartei erklärt, daß sie ihre Funktion wieder aufnimmt.
- Dezember: *Miklós Németh* wird der neue Ministerpräsident.

1989

1. Januar: Inkrafttreten der ersten Regierungsverordnung über die Arbeitslosenunterstützung.
7. Januar: Veröffentlichung des Ergebnisses der Meinungsforschung vom November 1988, wonach der beliebteste Politiker des Landes der Reformkommunist *Imre Podzsgay* ist, der auf der 100-Punkte-Skala zwischen 60 und 70 Punkte erreicht.
11. Januar: Versammlungs- und Vereinigungsgesetz.
21. Januar: Etwa 700.000 Menschen leben unter dem offiziellen Existenzminimum.
28. Januar: *Imre Podzsgay* verkündet, daß im Oktober 1956 in Ungarn keine Konterrevolution, sondern ein Volksaufstand ausgebrochen ist.
31. Januar: Beginn des sowjetischen Truppenabzuges.

Tschechoslowakei

Januar: Demonstration in Prag.

Ungarn

10. Febr.: Die USAP deklariert die Annahme des Mehrparteiensystems.

13. Febr.: Auf dem ungarischen Filmfestival werden zum ersten Mal die Filme des oppositionellen "Schwarzen Kastens" gezeigt.

Polen

6. Febr.: Polnischer Nationaler Runder Tisch.

Ungarn

1. Märzwoche:

Ota Sik besucht Sopron in Westungarn. Er ist seit 1968 zum ersten Mal wieder in Mitteleuropa.

Veröffentlichung der Daten, daß 1973 bei Übernahme von insgesamt 1.700 leitenden Stellen die vorherige USAP-Stellungnahme erforderlich war. 1985 betrug diese Zahl 1.241 und nun nur noch 452.

14. März: Beginn der Massenflucht aus Siebenbürgen.

15. März: Unter unbewaffnetem Polizeischutz kann das Land zum ersten Mal das traditionelle Nationalfest feiern.

22. März: Der Oppositionelle Runde Tisch tritt als Verhandlungspartner der Macht auf den Plan.

22. März: Verabschiedung des Streikgesetzes.

1. Aprilwoche:

Innerhalb einer Woche erscheinen drei Bücher über *Imre Nagy*, den Ministerpräsidenten von 1956. Der 11stündige Doku-

mentarfilm "Asylrecht 1956" von *Judit Ember* wird gezeigt und der Dialog in Buchform veröffentlicht.

12. April: Bildung einer neuen "Plattform" innerhalb der USAP. Sichtlicher Beginn des Zerfalls der Staatspartei.

2. Aprilhälfte:

Im Laufe der Auseinandersetzung zwischen der größten Maschinenfabrik (Czsepel) und dem ungarischen Autobuswerk (Ikarus); sichtbarer Anfang des Zusammenbruches der Großbetriebswirtschaft.

Sowjetunion

8. April: Blutvergießen in Tbilissi.

Polen

2. Aprilhälfte:

Verhandlungen von *Walesa* und *Jaruzelski*.

Ungarn

Mai Regelmäßige Berichte über die negative Rolle der Polizei. Der FIDESZ fordert die Depolitisierung der Polizei.

2. Mai: Abbau des "eisernen Vorhangs" an der ungarischen Grenze.

8. Mai: Ablösung von *János Kádár* als Parteivorsitzender.

1. Maiwoche:

Gesetzesvorlage über das Verfassungsgericht.

20. Mai: Gründung der USAP-Reformkreise.

Ende Mai: Abschaffung der Kaderkompetenzlisten.

Beliebtheitsliste der Parteien (ohne "weiß nicht"-Antworten):
1. Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei: 36,5% (die Nachfolgepartei des Reformflügels, die Ungarische Sozialistische

- Partei, ist 1990 eine der Oppositionsparteien im Parlament).
2. Sozialdemokratische Partei: 11,4% (gelangt 1990 nicht ins Parlament).
 3. Ungarisches Demokratisches Forum: 11,4% (1990 stärkste Partei der Regierungskoalition).
 4. Bund Freier Demokraten: 5,6% (1990 stärkste Oppositionspartei).
 5. Kleinlandwirtpartei: 5,4% (1990 Mitglied der Regierungskoalition).
 6. Bauernpartei: 4,3% (gelangt 1990 nicht ins Parlament).
 7. Christlich-demokratische Partei: 4,3% (Mitglied der Regierungskoalition).
 8. Bund Junger Demokraten: 2,2% (1990 Oppositionspartei, heute die beliebteste Partei).

Deutschland

- 15. Mai:** Beginn des sowjetischen Truppenabzuges auf dem Gebiet der DDR.

Ungarn

- Juni** Rückberufung vieler Parlamentsabgeordneter durch die Wähler. Rehabilitierung von Wissenschaftlern.
"Fallschirmspringen" von Parteifunktionären, sichtbarer Beginn des Prozesses der Hinüberrettung der Macht.
Rückberufung vieler Ratsvorsitzender.
Angriffe gegen die Symbole des Kommunismus (Roter Stern und das sog. *Kádár*-Wappen).
Infragestellung der Notwendigkeit der Kampfgruppen.
- 13. Juni:** Nationales Dreieck zwecks friedlicher Machtübergabe.
- 16. Juni:** Symbolisches Begräbnis der Helden von 1956.
Öffentliche Rehabilitierung von *Imre Nagy*, dem letzten gesetzlichen Ministerpräsidenten und der anderen Märtyrer. Allgemeines Aufsehen erregt die Forderung des FIDESZ-Redners nach Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ungarn.

Ferenc Irk

21. Juni: Abschaffung der Pressegenehmigung.

Deutschland

Grenzzwischenfälle zwischen Polen und der DDR und Grenzberichtigung.

China

4. Juni: Pekinger Blutvergießen.

Ungarn

Juli: Das erste Gefahrenzeichen: Voraussage eines kriminellen Rekords für das Jahresende. Überprüfung der Eignung der Polizisten.

Regelmäßige und gruppenweise Grenzübertreitsversuche an der ungarisch-österreichischen Grenze. Verhaftung von Menschen schmugglern.

1. Juli: Reportage in einem ungarischen Wochenblatt über die immer öfter erwähnte Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands.

6. Juli: Tod von *János Kádár*.

11. Juli: Besuch Präsident *Bushs* in Ungarn.

14. Juli: Erster Vermögensübertragungsskandal (Next 2000).

Österreich

4. Juli: Aufnahmeantrag in die EWG.

Ungarn

August DDR-Flüchtlinge in der Budapester BRD-Botschaft. Die DDR verspricht den Heimkehrenden Straffreiheit. Die BRD-Botschaft wird geschlossen. Hinter den Kulissen diplomatische

Anstrengungen zur menschlichen Lösung des Schicksals der DDR-Flüchtlinge.

Aus Österreich werden die "Flüchtlinge" ungarischer Staatsbürgerschaft heimgeschickt.

20. Aug.: Unter Ausnutzung des sog. Paneuropäischen Picknicks durchbrechen mehrere hundert DDR-Flüchtlinge die Grenze nach Österreich.
Verwundete an der ungarisch-rumänischen Grenze.

25. Aug.: *Gyula Horn* und *Miklós Németh* reisen zu einem "Arbeitsbesuch" zu *Kohl* und *Genscher*.

Sowjetunion

August: Streik der russischstämmigen Bevölkerung Estlands wegen des neuen Wahlgesetzes.

Bulgarien

22. Aug.: Schließung der bulgarisch-türkischen Grenze.

Polen

24. Aug.: Regierungsübernahme durch die Solidarität.
Mazowiecki wird Regierungschef.

Ungarn

10. Sept.: "Grünes Licht" für die Ostdeutschen.
Die ungarisch-österreichische Grenze wird geöffnet.

18. Sept.: Macht und Opposition kommen hinsichtlich des politischen Übergangs überein. Vier oppositionelle Organisationen unterzeichnen die Vereinbarung nicht.

24. Sept.: Der SZDSZ beantragt die Ausschreibung einer Volksabstimmung - in erster Linie über die Art und Weise der Wahl des

Ferenc Irk

Staatspräsidenten. Primäres Ziel ist es zu verhindern, daß der vom MDF unterstützte Reformkommunist *Imre Podzsgay* durch Direktwahl Staatspräsident wird.

26. Sept.: Reportage in einem Tagesblatt, wonach derjenige sich auf Verteidigung einstellen muß, der meint, daß es nicht richtig ist, 701 Studenten ein Russischstudium an den Hochschulen beginnen zu lassen.
29. Sept.: Reportage in einem Tagesblatt, wonach sowjetische Soldaten der ungarischen Bevölkerung Sprengstoff verkaufen.

Tschechoslowakei

10. Sept.: "Volles Haus" in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Ungarn

- Oktober Beginn der Massenauswanderung russischer Juden nach Israel mit Budapest als Transitstation. Beginn der Ablösung von Polizeipräsidenten und Generaldirektoren.
7. Okt.: USAP-Parteitag. Die Staatspartei teilt sich. Die Reformer bilden die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), die Konservativen bleiben in der USAP (MSZMP).
19. Okt.: Verbot der Parteiorganisation an den Arbeitsstellen. Gesetz über das Verfassungsgericht.
21. Okt.: *Miklós Németh* schlägt die Auflösung der Arbeiterkampfgruppen vor.
23. Okt.: Ausrufung der Ungarischen Republik.

Deutschland

18. Okt.: Rücktritt von *Erich Honecker*. Nachfolger wird *Egon Krenz*.

Ungarn

- 6. Nov.: In den Schulen werden die Pionierorganisationen abgeschafft.
- 12. Nov.: Die Kleinlandwirtpartei fordert die Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse von 1947.
- 12. Nov.: Das MDF ruft zum Boykott der vom SZDSZ angeregten Volksabstimmung auf.
- 15. Nov.: Abrüstung der Kampfgruppen.
- 16. Nov.: *Gyula Horn* schlägt vor, Ungarn soll sich dem vereinten Europa anschließen. Aufnahmeantrag in den Europarat.
- 20. Nov.: Einführung des 50 \$-Valutakontingents. Ende der massenhaften Westreisen.
- 21. Nov.: Artikel in einem ländlichen Tagesblatt darüber, daß es in Ungarn Kinderhandel gegen Devisen gibt.
- 23. Nov.: Das Parlament wählt die Mitglieder des Verfassungsgerichtes.
- 24. Nov.: Bildung des Klubs der Öffentlichkeit zwecks Gewährleistung der unabhängigen politischen Information.
- 26. Nov.: Volksabstimmung über die Art der Wahl des Staatspräsidenten. Der SZDSZ gewinnt die Volksabstimmung mit Unterstützung von FIDESZ, SZDP und der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei.
- 30. Nov.: Artikel eines landesweiten Tagesblattes mit folgendem Titel: "Sind die Obdachlosen gut, wenn sie geschlagen werden? Obdachlose in der Unterführung."

Deutschland

- 9. Nov.: Öffnung der Berliner Mauer. Politischer Erdbeben in der DDR. Ab Dezember Einführung eines neuen Paßgesetzes.

Ferenc Irk

Bulgarien

10. Nov.: *Shiwkow* wird durch *Mladenow* abgelöst.

Rumänien

20. Nov.: Anlässlich des Parteitages Wiederwahl von *Ceausescu*.

Tschechoslowakei

24. Nov.: Ablösung von *Jakes*. Prag wird zur "hussitischen Wagenburg".

Ungarn

Dezember: Nach Ansicht von *Paulo Fresco*, Vizepräsident von General Electric, erinnert das heutige Ungarn an Italien gegen Ende der vierziger Jahre.

7. Dez.: Die streng kontrollierten Jagdgebiete werden geöffnet.

10. Dez.: Verhaftung eines ungarischen Rauschgiftschmugglers in Rom. Versprechen der Regierung: 1990 kann die Inflation unter 15% gehalten werden.
(Tatsache: offiziell betrug sie über 25%)

Ausland

2. Dez.: Spitzentreffen in Malta.

Tschechoslowakei

Dezember: Revolution in Prag.

Rumänien

21. Dez.: Ausbruch der Revolution in Temesvár.
Ende der kommunistischen Ceausescu-Diktatur.

Deutschland

16. Dez.: Titel des Artikels in der Weltwirtschaftswoche "Deutsche Demokratische Bundesrepublik?"

1990

Ungarn

4. Jan.: Stockende sowjetische Erdölversorgung.
Streit darüber, wem das Fernsehen gehört.
5. Jan.: Veröffentlichung der Dokumente des Geheimdienstes (sog. Dunagate-Skandal).
8. Jan.: Radikale Preiserhöhungen.

Osteuropa

9. Jan.: Letzter RGW-Gipfel.

Sowjetunion

13. Jan.: Zwischenfälle im Kaukasus.

Ungarn

6. Febr: Trennung von Staat und Kirche.
14. Febr: Diskussion darüber, wem das Parteivermögen gehört.

Fereoc Irak

Sowjetunion

7. Febr: Das ZK der KPdSU genehmigt die Gründung von Parteien.

24. Febr: Beginn der Selbständigkeit des Baltikums.

Polen

16. Febr: Neufestlegung der Schulden-Rückzahlungen.

Ungarn

10. März: Ungarisch-sowjetisches Truppenabzugsabkommen.

25. März: Erste freie Parlamentswahlen.

Deutschland

18. März: Sieg der CDU bei den Wahlen im ehemaligen DDR-Gebiet.

Rumänien

19. März: Blutvergießen in Marosvásárhely.

Ungarn

29. April: MDF-SZDSZ-Pakt über die im Parlament eine Zweidrittel-Mehrheit erfordernden Gesetze und die Person des Staatspräsidenten.

Bulgarien

6. April: Die Regierung verweigert die Rückzahlung der Schulden.

Jugoslawien

8. April: In Slovenien Wahlsieg des Parteibundes der rechten Mitte.
22. April: In Kroatien Wahlsieg der nationalistischen Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft und ihres Präsidenten *Tudjman*.

Ungarn

23. Mai: *József Antall* wird Ministerpräsident.

Rumänien

20. Mai: Wahlen, bei denen *Iliescu* Nationale Front siegt.

Sowjetunion

29. Mai: *Jelzin* wird russischer Parlamentspräsident.

Ungarn

- Juni Dem Durchschnitt der ersten drei Monate von 1990 zufolge gab es in Ungarn 45.055 Stellensuchende und 36.222 offene Stellen. Auf 19.072 arbeitssuchende Hilfsarbeiter entfielen 3.405 offene Stellen. Der Umsatz der Versandhauskredite erhöhte sich zwischen 1978 und 1989 auf das Fünffache.

Rumänien

20. Juni: Bergarbeiter besetzen Bukarest. Blutbad auf dem Universitätsplatz.

Ungarn

3. Juli: Annahme des neuen Wappens.

Ferenc Ist

10. Juli: Einstellung der sowjetischen Erdöllieferungen.
22. Juli: Beginn der Diskussion über die Privatisierung des landwirtschaftlichen Bodens.

Deutschland

1. Juli: Deutsche Währungsunion.

Albanien

2. Juli: Besetzung von Botschaften in Tirana.

Sowjetunion

16. Juli: Verringerung des Ölexports.

Ungarn

3. Aug.: *Arpád Göncz* wird Präsident der Ungarischen Republik.
27. Aug.: Das MDF veröffentlicht seinen ersten Gerechtigkeitsplan, den sog. Justitia-Plan.

Bulgarien

1. Aug.: *Shelew* wird neuer Präsident.

Naher Osten

2. Aug.: Irak besetzt Kuwait.

Ungarn

30. Sept.: Kommunalwahlen.
26. Okt.: Die Taxi-Blockade lähmt das Land.

Deutschland

3. Okt.: Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Südafrika

15. Okt.: Ende der Apartheid.

Ungarn

6. Nov.: Beitritt zum Europarat.

Sowjetunion

2. Nov.: Aufruhr in der Moldauischen Republik.

Ungarn

10. Dez.: Vorlage des Entschädigungs-Gesetzentwurfes im Parlament.

Polen

9. Dez.: *Walesa* wird polnischer Präsident.

1991

Kurze Informationen:

Der Wert der sog. unsichtbaren Einkommen betrug 1986 45 bis 50 Milliarden Forint. Diese Summe ist - gemäß Schätzungen von Wirtschaftsforschern - auf 100 Milliarden angewachsen. 1986 wurden insgesamt 4,5 Milliarden Forint und 1990 insgesamt 6 bis 8 Milliarden Forint auf den sog. "grauen Märkten" ("RGW-Märkte", Straßenangebot usw.) ausgegeben. 1990 konnten von 140.000 Kindern 84.000 die Mittelschule besuchen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich 1990 auf das 3,5fache des Vorjahres erhöht und hat Ende 1990 rund 80.000 betragen, während die Zahl der offenen Stellen 17.000 betrug. Im Januar 1991 gab es 99.000, im April 164.213 Stellensuchende. Im April 1991 war die Zahl der offenen Stellen weniger als 16.000. 30% der Entlassenen waren Hilfsarbeiter, 28% ausgebildete Facharbeiter.

Die Arbeitslosenrate betrug im Februar 1991 2,7%, im April 3,4%. Einer Meldung vom 11. November 1991 zufolge betrug die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 300.000. Bis zum Ende des nächsten Jahres ist eine Verdopplung dieser Zahl zu erwarten. Das bedeutet, daß gegen Ende 1992 etwa 11 bis 12% der aktiv Tätigen ohne Beschäftigung sein werden.

Der Verbrauch der Bevölkerung hat im Vergleich zum Vorjahr - 1989 - um 2% zugenommen, sich dagegen 1990 um 4,5% verringert und wird 1991 vermutlich um weitere 6 bis 7% niedriger sein.

Das Pro-Kopf-Realeinkommen ist 1989 - im Vergleich zum Vorjahr - um 2,5% gewachsen, hat sich jedoch 1990 um 1,6% verringert und wird 1991 vermutlich um weitere 4 bis 5% abnehmen.

Anlage 2

Entwicklung des Forint-Devisen-Wechselkurses

Ein Kennzeichen für die Wirtschaftslage ist das Verhältnis der Nationalwährung zu den kurrenten Valuta sowie die Änderung dieses Verhältnisses. (Nicht weniger wichtig in dieser Region ist das Verhältnis zwischen dem sog. schwarzen und dem offiziellen Kurs. Dafür stehen allerdings für eine solche Zeitspanne keine verlässlichen Angaben zur Verfügung. Die Widersprüchlichkeit der Region wird jedoch durch den Umstand gekennzeichnet, daß - während zwischen 1989 und 1991 auch offiziell die Inflation mehr als 30% betrug - 1989 für 1 ATS auf dem schwarzen Markt 8 bis 12 Forint verlangt wurden, heute der Unterschied zwischen dem Schwarzmarkt- und dem offiziellen Kurs praktisch aufgehoben ist, 1 Schilling ist lediglich 7 bis 8 Forint wert.)

Über detaillierte Wechselkursänderungen berichtet unsere folgende Tabelle.

Jahr	Monat	100 DM	100 ATS	100 \$
1988	16.01.	2.873,52	408,49	4.704,41
	23.07.	2.739,03	389,28	5.058,68
	24.12.	2.973,21	422,51	5.189,47
1989	01.04.	3.040,55	432,16	5.690,93
	04.07.	3.205,57	455,43	6.097,20
	23.12.	3.638,45	516,62	6.335,61
1990	06.04.	3.850,78	547,26	6.561,31
	07.07.	3.867,62	549,76	6.465,40
	29.09.	3.977,30	565,31	6.229,91
	22.12.	4.096,94	582,20	6.045,79
1991	12.01.	4.154,22	590,37	6.228,00
	06.04.	4.435,36	630,87	7.504,04
	06.07.	4.302,28	611,54	7.747,74
	09.11.	4.458,10	635,01	7.514,30

Anlage 3

Entwicklung der Straftaten

Jahr	Straftaten	Änderung zum vorigen Jahr (%)	Bekanntge- wordene Straftäter	Änderung zum vorigen Jahr (%)	Unbekannte Straftäter	Änderung zum vorigen Jahr (%)
1970	122.289		81.863		19.541	
1971	123.147	0,70	88.126	3,85	20.906	6,9
1972	116.147	-5,51	90.520	2,72	22.109	5,75
1973	119.290	2,51	83.531	-7,72	21.525	-2,64
1974	111.825	-6,26	76.308	-8,65	21.425	-0,46
1975	120.889	8,11	81.045	6,21	25.488	18,96
1976	129.424	7,06	83.655	3,22	25.498	0,04
1977	123.823	-4,48	82.608	-1,25	25.315	0,72
1978	126.907	2,66	83.645	1,26	27.745	9,60
1979	125.267	-1,29	78.217	-6,49	29.942	7,92
1980	130.470	4,15	77.154	-1,36	34.022	13,63
1981	134.914	4,41	82.354	6,74	35.804	5,24
1982	139.795	3,62	82.104	-0,30	39.400	10,04
1983	151.505	8,38	88.591	7,9	43.883	11,38
1984	157.036	3,65	89.043	0,51	47.692	8,68
1985	165.816	5,07	91.216	2,44	52.700	10,50
1986	182.867	10,28	99.114	8,66	57.583	9,27
1987	188.397	3,02	97.645	-1,48	61.332	6,51
1988	185.344	-1,62	87.844	-10,04	68.203	11,20
1989	225.393	21,61	94.704	7,81	101.080	48,20
1990	341.061	51,32	118.046	24,65	179.953	78,03